

Forschungsbericht 2018/2019 und Forschungsplan 2019/2020

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	1
2.	Bereits bestehende, weitergeführte und abgeschlossene Projekte	3
3.	Neu begonnene Projekte	7
4.	Tagungen	8
5.	Oranienburger Schriften	9
6.	Veröffentlichungen	9
7.	Geplante Publikationsvorhaben	11
8.	Wissenschaftliche Vorträge auf Tagungen und sonstigen Veranstaltungen im In- und Ausland	12
9.	Sonstiges	14

1. Einleitung

Die im Forschungsbericht des vergangenen Jahres dargestellten Herausforderungen an die Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg (HPol) bestehen im Wesentlichen unverändert fort. Die jährlichen Einstellungszahlen liegen derzeit bei 400 und werden nach Auskunft des Ministeriums des Innern und für Kommunales auch in den nächsten Jahren auf diesem Niveau verbleiben. Auch wenn sich die Forschungsaktivitäten in den Jahren 2018 und 2019 nach wie vor in einem eher überschaubaren Umfang bewegen, sind derzeit einige Entwicklungslinien erkennbar, die zur Hoffnung Anlass geben, dass die HPol in den kommenden Jahren wieder auf das früher bereits erreichte Niveau an wissenschaftlicher Betätigung kommen wird.

Auch wenn die Unterrichtsbelastung nach wie vor hoch ist, werden inzwischen erhebliche Anstrengungen unternommen, Professorinnen und Professoren Forschungsfreisemester zu ermöglichen. Den Anfang machte Prof. Dr. Fredrik Roggan im Wintersemester 2018/19. Im Sommersemester 2019 erhielt Prof. Dr. Ralf Alleweldt diese Möglichkeit, und im derzeit laufenden Wintersemester 2019/20 erstellt Herr Prof. Dr. Fickenscher im Rahmen eines Forschungsfreisemesters den in der Fachwelt schon lange ersehnten Kommentar zum brandenburgischen Polizeigesetz. Weitere Möglichkeiten werden derzeit geprüft. Voraussetzung ist dabei aber grundsätzlich, dass die Lehre in dem jeweiligen Fach abgesichert ist.

In der letzten Sitzung der 6. Legislaturperiode am 13.06.2019 verabschiedete der brandenburgische Landtag in zweiter Lesung das „Gesetz zur Neuordnung der Ausbildung und des Studiums für den Polizeivollzugsdienst“, mit dem die bisherige HPol in „Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg“ (HPolBB) umbenannt wird. In § 5 BbgPolHG werden unter der Überschrift „Forschung und wissenschaftliche Dienstleistung“ die folgenden Regelungen getroffen:

„(1) Die Hochschule der Polizei betreibt zur Erfüllung ihrer Lehraufgaben und zur Unterstützung der polizeilichen Praxis bedarfsgerechte und anwendungsbezogene Forschung. Sie ist bei der Auswahl der Forschungsschwerpunkte und -methoden

den von der Deutschen Forschungsgemeinschaft formulierten Standards guter wissenschaftlicher Praxis unterworfen. Zur Erfüllung der Forschungsaufgaben sowie zur Förderung grundsätzlicher polizeilicher Entwicklungsvorhaben können eigenständige Institute gegründet werden. Weiteres regelt die Grundordnung.

(2) Die Hochschule der Polizei erbringt wissenschaftliche Dienstleistungen zur Pflege und Entwicklung der polizeibezogenen Wissenschaften oder im Auftrag des für Inneres zuständigen Ministeriums.“

Hierdurch wird die Rolle der Forschung im Aufgabenkatalog der Hochschule weiter gefestigt. Einen wichtigen Fortschritt stellt dabei auch die Möglichkeit dar, wissenschaftliches Personal einstellen zu können. So regelt § 12 (4) BbgPolHG:

„Zur Erfüllung ihrer Forschungsaufgaben können an der Hochschule der Polizei Dienstposten in der Laufbahn des Dienstes als akademische Rätin oder als akademischer Rat eingerichtet werden, wenn Art und Umfang wissenschaftlicher Dienstleistungen dies erfordern und eine Übertragung dieser Aufgaben auf das Lehrpersonal oder die Lehrbeauftragten nach § 16 nicht möglich ist. Das Nähere regeln die allgemeinen beamtenrechtlichen Vorschriften über die Laufbahnen, die insoweit auch für Bewerberinnen und Bewerber in einer Laufbahn des Polizeivollzugsdienstes anzuwenden sind.“

In diesem Zusammenhang wird es darauf ankommen, dass diese Möglichkeit auch genutzt wird und die entsprechenden Stellen im Haushalt bereitgestellt werden.

In § 19 (2) BbgPolHG wird überdies geregelt, dass die Zuständigkeit für die Koordination der Forschungsvorhaben auch formal vom Präsidenten auf den Vizepräsidenten übergeht, womit eine über viele Jahre bereits geübte Praxis nun auch formal nachvollzogen wird.

Förderlich für zukünftige Forschungsaktivitäten ist in diesem Zusammenhang auch die Entscheidung, an der HPol einen Masterstudiengang im Fach Kriminalistik einzurichten, der im Oktober 2020 an den Start gehen soll. Nach den derzeitigen Planungen sollen hierfür drei weitere Professuren eingerichtet werden. Bei der Besetzung dieser Professuren wird ein großes Augenmerk darauf gelegt werden, Personen zu berufen, die die Gewähr dafür bieten, aktuelle und für die Sicherheitslage im Land Brandenburg relevante Forschungsthemen zu bearbeiten und hierzu auch entsprechend hochwertige Publikationen zu produzieren. Welche Themengebiete sich für die Etablierung von einschlägigen Forschungsschwerpunkten eignen, war bereits Gegenstand konzeptioneller Vorüberlegungen im Kreise der Hochschulleitung und der Wissenschaftler bzw. Wissenschaftlerinnen im Bereich Lehre und Forschung.

Mit den Forschungsaktivitäten an der HPol befasst sich auch die Gutachterkommission der Akkreditierungsagentur ACQUIN. Sie stellte in ihrem Gutachten anlässlich der Re-Akkreditierung des Bachelorstudiengangs Polizeivollzugsdienst / Police Service fest:

„Die Möglichkeiten zur Durchführung von Forschungsprojekten sind gegeben, bei dem wissenschaftlich qualifiziertem Personal besteht auch eine hohe Forschungsmotivation. Die Möglichkeiten zur konkreten Umsetzung von Forschungsprojekten sind allerdings aufgrund der aktuell extrem hohen Lehrbelastung limitiert. Das Gutachtergremium befürwortet die Tätigkeit des Polizeiwissenschaftlichen Instituts ausdrücklich. Das fehlende Forschungskonzept ermöglicht einerseits Freiräume für Individualinteressen, verhindert andererseits aber auch eine Konzentration von wissenschaftlichen Kapazitäten. Hier wäre zu überlegen, im Reakkreditierungszeitraum ein Forschungskonzept vorzulegen, um zielgerichtete Forschungsleistungen erbringen zu können.“ (Gutachtenentwurf, Stand 24.09.2019, S. 41)

Ermutigend ist in diesem Zusammenhang darüber hinaus die Formulierung eines ausdrücklichen politischen Willens der im Herbst 2019 neu gebildeten Landesregierung, die in dem von SPD, CDU und Bündnis 90 / Die Grünen vereinbarten Koalitionsvertrag ausdrücklich vorsieht: „Die unabhängige Forschung an der Hochschule der Polizei wird die Koalition fördern“

(Zusammenhalt – Nachhaltigkeit – Sicherheit: Gemeinsamer Koalitionsvertrag von SPD, CDU und Bündnis 90 / Die Grünen, Seite 51, Zeile 2687f.)

Eine unter dem Aspekt der Förderung polizeirelevanter Forschung wesentliche Entwicklung ist auch die personelle Aufstockung des Bereichs Drittmittelstelle im Präsidialbereich 2 beim Präsidenten der Hochschule. Die Drittmittelstelle gewährleistet die Analyse und Bewertung der finanziellen Fördermöglichkeiten für die polizeiliche Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung insbesondere auf EU-Ebene. Hierzu zählen insbesondere:

- Unterstützung der Polizeibehörde und -einrichtungen bei der Auswahl, der Antragstellung, der Durchführung und dem Abschluss relevanter Fördermaßnahmen,
- Koordination der Polizeilichen Sicherheitsforschung im Land Brandenburg,
- Monitoring nationaler und internationaler Forschungsergebnisse sowie Drittmittelstelle für Forschungsprojekte und vergleichbare Vorhaben,
- Durchführung der Förderverfahren für Maßnahmen im Rahmen der Fachstrategie Kommunale Kriminalprävention.

Seit Beginn des Jahres 2019 wird das Team um Frau Silvia Schirrmeister durch Frau Karen Wiegand verstärkt, die aufgrund ihrer vorherigen Erfahrungen mit Förderprogrammen auf EU-Ebene eine ausgesprochen relevante Kompetenz für die Akquise und Administration von Drittmitteln für Forschungsaktivitäten mitbringt.

Ein Erlass des Ministeriums des Innern und für Kommunales (MIK) vom 21.06.2019 legt mit Bezug zu den Zuständigkeiten für die anwendungsbezogene Sicherheitsforschung an der HPol fest, dass sie zuständig ist für:

- „zentrale Informationserhebung, -sammlung und -steuerung
- fachliche und administrative Begleitung von Projekten und gleichartigen Vorhaben
- Monitoring nationaler und internationaler Forschungsergebnisse und die Überprüfung auf deren Nutzbarkeit in der polizeilichen Praxis
- Bedienung der Datenbanken zur Sicherheitsforschung (der DHPol und weitere)
- Erfüllung der o. g. Aufgaben sowie Bericht an MIK, Referat 44 (halbjährlich und bedarfsbezogen) zu den Sachständen der (Drittmittel-)Vorhaben der Sicherheitsforschung mit landespolizeilicher Beteiligung durch die Ansprechperson der HPol.

Die Vertretung des Landes Brandenburg gegenüber der DHPol erfolgt durch das MIK, Referat 44 und die HPol. Die interministerielle Koordination auf dem Gebiet der Sicherheitsforschung obliegt dem MIK, Referat 44.“ Im selben Erlass wird die HPol aufgefordert, „im Zusammenwirken mit dem PP und dem ZDPol jährlich die ‚Gesamtübersicht aller Drittmittelvorbereitungen mit Beteiligung der Landespolizei‘ zu erstellen sowie jährlich den ‚Forschungsbericht der HPol zu erstellen und beide Dokumente dem MIK, Referat 44 bis zum 31. Januar des Folgejahres vorzulegen.

2. Bereits bestehende, weitergeführte und abgeschlossene Projekte

„The European Committee for the Prevention of Torture. Activities, Achievements and Challenges“ – Tagungsband „The Police And International Human Rights Law“
(Prof. Dr. Ralf Alleweldt und Prof. Dr. Guido Fickenscher in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Zentrum)

Während die Grundrechte des Grundgesetzes seit langer Zeit im Bewusstsein der Polizeibeamtinnen und -beamten und in der polizeilichen Aus- und Weiterbildung eine große Rolle spielen, wird die Bedeutung der Normen des internationalen Menschenrechtsschutzes für die Polizei erst in neuerer Zeit deutlich erkennbar. Mit dieser Thematik befassen sich unterschiedliche Akteure: Neben der Polizei und ihren Ausbildungseinrichtungen gehören dazu

Menschenrechtsinstitute, akademische Rechts- und Polizeiwissenschaftlerinnen bzw. -wissenschaftler, Beamtinnen und Beamte von Ministerien und internationalen Organisationen, Richterinnen und Richter, Staats- und Rechtsanwältinnen und -anwälte sowie nichtstaatliche Menschenrechtsorganisationen (NGOs) im In- und Ausland. Die im April 2016 durchgeführte Konferenz ermöglichte einen fachlichen Austausch dieser Akteure und trug einerseits zu einem allseitigen Informations- und Erkenntnisgewinn, andererseits zu einem erhöhten Maß an gegenseitigem Verständnis bei. Die Ergebnisse der Konferenz wurden in einem Tagungsband im März 2018 veröffentlicht (siehe Punkt 6.).

„Partizipatives 4 Dimensionen-Modell zur systemischen Risikobetrachtung von Sicherheitslösungen im Kontext heterogener Anwendungsfelder (4D-Sicherheit)“

(Sebastian Krahl, Jochen Christe-Zeyse in Kooperation mit der TU Berlin)

Dieses Projekt soll einen innovativen Ansatz und Entscheidungshilfen für effektive und gesellschaftlich akzeptierte Sicherheitslösungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit bzw. für sensible Sicherheitsbereiche entwickeln und den relevanten Sicherheitsverantwortlichen, allen voran BOS wie der Polizei, praktikable Handlungsoptionen in Form eines softwarebasierten Demonstrators zur Verfügung stellen. Hierzu soll eine Methodik erarbeitet und in Form eines Software-Tools umgesetzt werden, die es erlaubt, anhand von vier Dimensionen (Sicherheit, Effizienz, Recht und Vertrauen) Sicherheitslösungen aus der Perspektive unterschiedlicher Akteure zu bewerten, um so mögliche Probleme und Optimierungspotenziale zu identifizieren. Das Projekt „4D-Sicherheit“ wird vom BMBF im Programm „Forschung für die Zivile Sicherheit 2012-2017“ im Rahmen der Ausschreibung „Neue ökonomische Aspekte“ gefördert. Es begann am 1. September 2016 und hat eine Laufzeit von drei Jahren.

Projektpartner sind das Zentrum für Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin, die Goethe-Universität Frankfurt am Main, das European Aviation Security Center e.V. (EASC) Schönhagen und AntwortING beratende Ingenieure in Köln. Als assoziierte Partner sind die HPol Brandenburg, die Feuerwehr Bocholt, der Kreis Soest, das Fritz-Haber-Institut Berlin, der Bundesverband der Sicherheitswirtschaft in Bad Homburg, das Institut Fysieke Veiligheid in Arnheim (Niederlande) sowie die Flughafen München GmbH beteiligt.

Die Polizei des Landes Brandenburg bringt über die HPol die Erfahrungen mit der Einführung und Nutzung des Interaktiven Funkstreifenwagens als Best Practice-Szenario in eine Fallstudie in das Projekt ein. Auf der Grundlage dieser und weiterer (nichtpolizeilicher) Fallstudien wird die Technikentwicklung für das 4D-Bewertungstool erarbeitet, das zukünftig bei organisationsinternen Führungs- und Entscheidungsprozessen sowie in der polizeilichen Aus- und Weiterbildung zum Einsatz kommen könnte. Im Ergebnis des Projekts soll die Machbarkeit eines entsprechenden Tools an beispielhaften, im Rahmen der Fallstudien erstellten Szenarien mittels eines anwendungsnahen Demonstrators validiert werden. Weitere Informationen unter: <https://www.hpolbb.de/verbundprojekts-4d-sicherheit> und <https://www.4d-sicherheit.de/>

Projekt „Soziale Akzeptanz des Personalauswahlverfahrens“

(Prof. Dr. Madeleine Bernhardt)

Im Rahmen der „AG Nachwuchsgewinnung“ wurde als ein Arbeitspaket die Untersuchung der sozialen Akzeptanz des Personalauswahlverfahrens für den mittleren und den gehobenen Dienst definiert. Ziel der Untersuchung unter Federführung von Frau Prof. Dr. Madeleine Bernhardt war es, herauszufinden, wie Bewerberinnen und Bewerber das aktuelle Personalauswahlverfahren wahrnehmen und inwiefern ggf. Optimierungsmöglichkeiten sichtbar werden. Darüber hinaus sollten mit Hilfe ergänzender Datenanalysen der Zusammenhang zwischen einzelnen Bestandteilen des Personalauswahlverfahrens sowie Studien- und Ausbildungsleistungen untersucht werden. Im Sommer 2017 fand eine teilnehmende Beobachtung

des Personalauswahlverfahrens durch eine externe Expertin, Frau Dipl.-Psych. Carolin Bikki, statt. Der auf dieser Basis verfasste Zwischenbericht zeigte die Stärken des aktuellen Verfahrens ebenso auf wie Optimierungspotenziale. Ende Januar 2018 wurde der Abschlussbericht des Projekts vorgelegt. Er enthält Erkenntnisse aus den Datenanalysen, die eine umfassende Betrachtung der Stärken und Weiterentwicklungsmöglichkeiten des aktuellen Personalauswahlverfahrens erlauben.

„Training Augmented Reality Generalised Environment Toolkit“ (TARGET)

(Mario Rogus, Thomas-Gabriel Rüdiger, Jochen Christe-Zeyse)

Von Mai 2015 bis Oktober 2019 war die HPol an dem Horizon 2020-Projekt „Training Augmented Reality Generalised Environment Toolkit“ (TARGET) beteiligt. In dem Projekt arbeiteten 16 Partner aus 11 europäischen Ländern zusammen. Es war auf drei Jahre ausgerichtet und hatte ein Budget von ungefähr sechs Millionen Euro. Neben der HPol war als weiterer Partner aus den Reihen der deutschen Polizei die DHPol vertreten.

Im letzten Projektjahr wurde konzentriert an der technischen Umsetzung des von der HPol betreuten Szenarios „Großdemonstrationen“ und „Schutz einer kritischen Infrastruktur“ am Flughafen BER gearbeitet. Hierbei galt es, alle Übungseinlagen und den gedachten Verlauf in den Software-Editor zu programmieren und diesen auch benutzerfreundlich zu gestalten.

Der aktuelle Stand des Projekts sowie die technischen Lösungen wurden der Projektleiterin der EU-Kommission und ihrem Team im Juni 2018 in einem Workshop in Brüssel vorgestellt.

Vom 18.09.-20.09.2018 fand der Test der Version 2 des von der HPol geleiteten Szenarios an der HPol statt. Dabei wurde die aktuelle Version durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der HPol sowie des Polizeipräsidiums – PD Süd und PI Flughafen – getestet. Hierbei ging es darum, den gedachten Verlauf des Szenarios sowie die Einlagen in den Editor zu integrieren und mit dem erstellten 3D-Modell des Flughafens BER zu synchronisieren. Weiterhin wurde die Benutzerfreundlichkeit des Systems im Rahmen eines Train-the-Trainer-Workshops getestet.

In einem öffentlichen Workshop, der im Oktober 2018 in Barcelona stattfand, wurde das Projekt einem öffentlichen Publikum vorgestellt. Teilnehmer waren Vertreter weiterer Polizeiorganisationen aus der EU sowie der Bundeswehr.

Das Projekt wurde offiziell zum 30. Oktober 2018 beendet. Im Ergebnis kann festgestellt werden, dass nicht alle gesetzten Ziele erreicht und umgesetzt werden konnten. Dies lag zum einen daran, dass die erforderlichen technischen Komponenten noch nicht die erforderliche Marktreife hatten, um den Anforderungen der technischen Partner sowie der End-User zu genügen, und zum anderen an den zu hoch gesetzten Zielen, die sich das Konsortium selbst gesetzt hatte. Diese konnten in dem vorgegebenen Zeitraum mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen nur teilweise umgesetzt werden.

Eine Fortsetzung des Projekts oder ein Nachfolgeprojekt sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht geplant.

Weiterentwicklung der polizeilichen Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Polen

(Prof. Dr. Ilona Stolpe in Zusammenarbeit mit PD Ulf Buschmann)

Die grenzüberschreitende Kriminalität an der deutsch-polnischen Grenze stellt für die Polizei des Landes Brandenburg einen besonderen Aufgabenschwerpunkt dar. Bereits am 01.11.2012 wurde mit Frau Prof. Dr. Ilona Stolpe ein Werkvertrag über das Forschungsprojekt „Weiterentwicklung der gemischt besetzten Streifen und anderer polizeilicher Zusammenarbeitsformen im deutsch-polnischen Grenzgebiet“ abgeschlossen. Dieses vom Polizeipräsidium befürwortete Forschungsvorhaben machte, ausgehend von den zu ermittelnden

Erfahrungen und Erkenntnissen der gemeinsamen Streifentätigkeit (Workshop und Befragungen deutscher und polnischer Polizeibediensteter) Vorschläge zum weiteren Ausbau der gemeinsamen Streifen. Hierzu wurden die bisherigen Erfahrungen anderer bilateraler, grenzüberschreitenden Zusammenarbeitsformen in anderen Bundesländern, insbesondere in der Form der Gemeinsamen Zentren hinsichtlich der historischen Entwicklung, der Rechtslage, der Organisation und der Abläufe untersucht. Aus den dabei gewonnenen Erkenntnissen wurden die formellen rechtlichen und operativen Voraussetzungen für die zukünftige Einrichtung dieser weiteren Zusammenarbeitsformen abgeleitet und ein Konzept zur erweiterten polizeilichen deutsch-polnischen Zusammenarbeit in Grenzgebieten unter Beachtung der formellen rechtlichen und operativen Voraussetzungen erarbeitet.

Der auf dieser Grundlage erarbeitete Bericht wurde im September 2014 vorgelegt und fand unter den fachlich mit dieser Thematik befassten Kolleginnen und Kollegen sowohl im Polizeipräsidium als auch im Ministerium des Innern und für Kommunales großes Interesse. Dabei wurde auch der Wunsch geäußert, die noch fehlenden Analysen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit etwa zwischen Polen und Sachsen, Tschechien und Bayern, Österreich und Bayern sowie zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz nachzuliefern. Hierzu wurde im März 2016 ein weiterer Vertrag geschlossen. Bedingt durch eine länger andauernde Erkrankung von Frau Prof. Stolpe verzögerte sich die ursprünglich für Ende 2017 vorgesehene Fertigstellung dieses Berichtes um mehr als ein Jahr und wurde erst im März 2019 vorgelegt.

Verbundprojekt „X-SONAR: Extremistische Bestrebungen in Social Media Netzwerken: Identifikation, Analyse und Management von Radikalisierungsprozessen“

(Im Forschungsverbund von IKG der Universität Bielefeld, DFKI, DHPol, Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie, Institut Psychologie und Bedrohungsmanagement, Landesinstitut für präventives Handeln und LKA Niedersachsen fungiert Prof. Dr. Robertz als assoziierter Partner für die HPolBB)

Das Verbundprojekt „X-SONAR: Extremistische Bestrebungen in Social Media Netzwerken: Identifikation, Analyse und Management von Radikalisierungsprozessen“ leistet praxisorientierte, interdisziplinäre Grundlagenforschung zum Verständnis extremistischer Interaktions- und Eskalationsdynamiken in sozialen Onlinenetzwerken. X-SONAR erforscht die Mechanismen der individuellen und kollektiven Gewaltdynamiken sowie die Selbstregulation von Radikalität in sozialen Online-Netzwerken. Ziel von X-SONAR ist es, die Verdichtung von Radikalisierungsprozessen, beginnend bei menschenfeindlichen Diskursen bis hin zu operativ strafrechtlich relevanten Handlungsweisen, empirisch zu analysieren, Radikalisierungsmuster, -mechanismen und -phasen auf Meso- wie Mikroebene zu identifizieren und auf dieser Grundlage praxisrelevante Indikatoren zur Früherkennung und dynamischen Risikoeinschätzung abzuleiten. Im Dialog mit den Endnutzern aus Sicherheitsbehörden (Landeskriminalämter und Bundeskriminalamt) und Zivilgesellschaft (Medienunternehmen, Jugendmedienschutz, Präventionsprojekte gegen Radikalisierung, Berufspädagogen und Psychologen) soll auf Grundlage der wissenschaftlichen Erkenntnisse ein softwaregestütztes Instrument für das Bedrohungsmanagement und eine Gefährdungsbewertung innerhalb virtueller Kontexte entwickelt und getestet werden. Um die Nachhaltigkeit der Verbundarbeit zu gewährleisten, werden die erarbeiteten Erkenntnisse, methodischen Verfahren und Tools für die berufs begleitende Weiterbildung der Endnutzer unter dem besonderen Aspekt der Prävention aufbereitet und im Rahmen eines Blended Learning Ansatzes mit verschiedenen Zielgruppen im Projektzeitraum umgesetzt. Insbesondere in Bezug auf die Polizei als Endnutzer wird angestrebt, dass die Software nachhaltig in der Lage ist relevante Diskurse zu identifizieren, diese zu verorten und den Sicherheitsbehörden anlassbezogen (bspw. beim Bau neuer Unterbringungen für Asylsuchende, der Formierung neuer radikaler Gruppen etc.) im Sinne einer Gefährdungsbewertung vorzulegen.

Onlineradikalisierung und die Eskalation von Gewalt im Internet sind nicht nur strafrechtlich relevant, sondern fordern auch neue Wege der Früherkennung und die Entwicklung geeigneter

ter Präventionsmaßnahmen. Förderbeginn des Projektes war im Februar 2017 das Projektende ist Februar 2020 avisiert.

3. Neu begonnene Projekte

Forschungsprojekt „Polizei und Menschenrechte in Europa: Krise oder Fortschritt? Eine Untersuchung über Leistungen und Potenzial des Straßburger Systems“

(Prof. Dr. Ralf Alleweldt)

Das auf der Grundlage der Europäischen Menschenrechtskonvention geschaffene Rechtsschutzsystem wird im weltweiten Vergleich als besonders effektiv eingeschätzt; es gilt geradezu als ein Erfolgsmodell. Gleichwohl kommt es – obwohl dieses System seit zwanzig Jahren für nahezu ganz Europa gilt – in einer Reihe von Ländern immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen, die teilweise strukturelle Ursachen haben. Es stellt sich die Frage, ob und inwieweit das Europäische Menschenrechtsschutzsystem geeignet ist, strukturelle Menschenrechtsprobleme zu überwinden. Diese Frage stellt sich besonders im Hinblick auf fundamentale Menschenrechte wie das Recht auf Leben, das Folterverbot, die Freiheit der Person und die Versammlungsfreiheit – Menschenrechte, die gleichzeitig besondere Anforderungen an Polizeibehörden und -bedienstete stellen, immer wieder im Zuge polizeilicher Maßnahmen verletzt werden und daher besonders polizeirelevant sind.

Hierfür soll durch die Auswertung unterschiedlicher Quellen – insbesondere der Veröffentlichungen des Ministerkomitees des Europarates – untersucht werden, in welchen Fällen, in welchen Ländern und in welchen Bereichen die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bisher zu positiven Veränderungen geführt haben.

Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse des Projekts ist im Laufe des Jahres 2020 zu rechnen.

Projekt „Aktuelle Erscheinungsformen und Tatbegehungsweisen bei Sexualstraftaten“

(Prof. Dr. Jürgen Biedermann)

Das Projekt verfolgt als übergeordnete Zielstellung die Untersuchung aktueller Erscheinungsformen und Tatbegehungsweisen bei Sexualstraftaten. Unter Bezugnahme auf moderne statistische Analyseverfahren und das spezifische Zusammenspiel von Tatmerkmalen sollen hierbei verschiedene Tätertypen identifiziert und näher betrachtet werden. Als empirische Grundlage sollen Daten aus den polizeilichen Informationssystemen des Landes Brandenburg dienen.

Anhand der zu erwartenden Erkenntnisse sollen sowohl Implikationen für präventive Ansätze zur Verhinderung solcher Taten (beispielsweise durch ein frühzeitiges Erkennen von Risikosituationen und entsprechenden Tatbegehungsstrategien) als auch für eine effektive und effiziente Strafverfolgung abgeleitet werden (beispielsweise indem typische Tatbegehungsmuster als Ausgangsgrundlage einer systematischen polizeilichen Ermittlung des Sachverhalts dienen).

Das Projekt baut auf einem vorangegangenen Forschungsprojekt unter Beteiligung von Herrn Prof. Biedermann auf, welches sich mit dem Tatverhalten und der Rückfallprognose bei Sexualstraftätern beschäftigte, und setzt dieses fort. Die Relevanz und der Erfolg der damaligen Forschungsergebnisse drücken sich unter anderem darin aus, dass ein auf den Projektergebnissen basierendes Risikoklassifikationssystem mittlerweile bei mehreren polizeilichen und justiziellen Akteuren, die mit der Verhinderung von Rückfalltaten bei bereits sanktionierten Tätern betraut sind, eingesetzt wird.

Das jetzige Projekt stellt unter anderem deshalb eine Erweiterung der bisherigen Forschungslage dar, weil die Auswirkungen der umfassenden Reform des Sexualstrafrechts im November 2016, der zunehmende Einfluss sozialer Medien und des Internets bei der Tatbe-

gehung, Spezifika eines Flächenlands wie Brandenburg sowie besondere Tatbegehungskonstellationen in Gemeinschaftsunterkünften wie Heimen für Flüchtlinge bis dato nur unzureichend untersucht wurden. So beziehen sich die betrachteten Delikte des vorausgegangenen Forschungsprojekts auf in Berlin zwischen 1994 und 2001 angezeigte Delikte, welche somit bereits längere Zeit zurückliegen und dementsprechend aktuelle Entwicklungen nicht abbilden können.

4. Tagungen

Konferenz „Fair Treatment of Persons in Police Custody“ (Oktober 2018)

(Prof. Dr. Ralf Alleweldt)

Im Anschluss an die erste Oranienburger Menschenrechtskonferenz „The Police and International Human Rights Law“ (2016) befasste sich diese Tagung mit der Frage, wie in weltweiter Perspektive die angemessene Behandlung inhaftierter Personen sichergestellt werden kann. Die Staatengemeinschaft hat in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Instrumente und Gremien eingeführt, die speziell auf die Verhütung von Folter und Misshandlung – insbesondere in Polizeigewahrsam – gerichtet sind. Die Beiträge der Tagung widmeten sich vielfältigen Teilfragen dieser Thematik, etwa im Hinblick auf die Sicherstellung des Zugangs inhaftierter Personen zu anwaltlicher Beratung und ärztlicher Versorgung, die Erfahrungen nationaler Präventionsmechanismen und die Bedeutung nicht-konfrontativer Vernehmungsmethoden für die Menschenrechtskonformität und Effektivität polizeilichen Handelns. Die Konferenz brachte etwa 35 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wissenschaft, Praxis und Zivilgesellschaft zusammen; sie wurde von der Deutschen Stiftung Friedensforschung gefördert. Die Vorträge der Konferenz sollen im Laufe des Jahres 2019 in einem Tagungsband veröffentlicht werden.

„Sinti und Roma. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit in Deutschland“

(Dr. Wieland Niekisch)

Am 22. März 2019 veranstaltete die Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg in Kooperation mit dem Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma sowie dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg eine wissenschaftlich-kulturelle Tagung zum Thema „Sinti und Roma. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit in Deutschland“. Die Veranstaltung fand unter der gemeinsamen Schirmherrschaft des Ministeriums für Wirtschaft, Forschung und Kultur sowie des Ministeriums des Innern und für Kommunales statt. Neben der Vorstellung der Kultur dieser Minderheit wurden außerdem zwei Ausstellungen eröffnet:

1. Hinterfragen. Sinti und Roma – eine Minderheit zwischen Verfolgung und Selbstbestimmung (Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, Projektbüro Berlin)
2. Die nationalsozialistische Verfolgung der Sinti und Roma in Berlin (Landesverband Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg).

Diese Ausstellungen verblieben bis zum 15. Juli 2019 auf dem Campus und wurden in dieser Zeit regelmäßig in die Aus- und Fortbildung von Polizeibeamtinnen und -beamten einbezogen.

Im Mittelpunkt des wissenschaftlichen Teils der Veränderung stand das Thema „Sinti, Roma und die Polizei in der jüngeren Geschichte Deutschlands“ im Mittelpunkt. Dabei stellte Dr. Markus End seine im Auftrag des Zentralrates der Deutschen Sinti und Roma erst kürzlich erstellte Studie, „Antiziganismus in der Polizei – Formen ethnischer Kategorisierung von Sinti und Roma durch Polizeibehörden und andere Exekutivorgane des Bundes und der Länder“, vor. In dieser Studie wird nicht nur die Geschichte polizeilichen Handelns gegenüber der Volksgruppe der Sinti und Roma seit dem 19. Jahrhundert nachgezeichnet, sondern darauf

aufbauend werden auch Stereotypen, Vorurteile, Verhaltensmuster und mehr oder weniger verdeckte Kontinuitäten im Umgang mit dieser offiziell auch als ethnische Minderheit in Deutschland anerkannten Gruppe dargestellt.

Die Arbeit von Markus End wird an der Hochschule der Polizei in der wissenschaftlichen Beschäftigung mit diesem Thema verwendet und ausgewertet. Durch die verstärkte Einwanderung von Roma aus dem ost- und südosteuropäischen Raum während der vergangenen 30 Jahre ist es sinnvoll, dass sich angehende Polizeibeamtinnen und -beamte auch mit diesem Thema differenziert auseinandersetzen.

5. Oranienburger Schriften

Im Jahr 2018 erschien kein Heft der Oranienburger Schriften. Im Herbst des Jahres 2019 erschien ein Heft mit polizeihistorischen Bachelorarbeiten. Die in diesem Heft präsentierten Arbeiten behandeln Themen wie die „NS-Ideologie in der Polizeiausbildung 1933-1945“, „Die Geschichte der Polizeiausbildungsstätte Basdorf von den Anfängen bis zur Auflösung 2006“, „Die Polizei in den Krisenjahren der Weimarer Republik (1919 bis 1923) und die Auseinandersetzung mit Staatsstreichversuchen von ‚rechts‘ und ‚links‘“, „Die Deutsche Volkspolizei und der Sport/Sportförderung in der DDR“ sowie „Die Reformierung der Polizei in Brandenburg von 1992-2002 am Beispiel des Potsdamer Polizeipräsidiums“.

6. Veröffentlichungen

Prof. Dr. Ralf Alleweldt

Alleweldt, R. / Fickenscher, G. (eds.), *The Police and International Human Rights Law*, Berlin usw., Springer, 2018.

- Alleweldt, R.: Avoiding another Brexit: The subsidiarity principle, the European Convention on Human Rights and the United Kingdom. *Commonwealth and Comparative Politics* 57 (2019), pp. 223-241.

Prof. Dr. Jürgen Biedermann

- Biedermann, J. (zur Veröffentlichung eingereicht): Zwischen Verständnis und genervt sein – Zur Rolle von Führungskräften im Umgang mit psychisch beeinträchtigten Mitarbeiter*innen innerhalb der Polizei. Schriftenreihe Psychische Erkrankungen und Suizidprophylaxe in der Polizei. Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Lehmann, R. J. B. / Neumann, C. S. / Hare, R. D. / Biedermann, J. / Dahle, K.-P. & Mokros, A. (2019): A Latent Profile Analysis of Violent Offenders Based on PCL-R Factor Scores: Criminogenic Needs and Recidivism Risk. *Frontiers in Psychiatry*, 10. <https://doi.org/10.3389/fpsy.2019.00627>

Dr. Jochen Christe-Zeyse

- Christe-Zeyse, J.: *Kriminalistik und forensische Wissenschaften*. Festschrift für Ingo Wirth. Verlag Dr. Köster, Berlin 2018 (Hrsg.), ISBN 978-3-89574-941-4.
- Christe-Zeyse, J.: Kritisches Denken und professionelle Polizeiarbeit – Gedanken zur Weiterentwicklung der politischen Bildung in der Polizei. In: B. Frevel et al.: *Empirische Polizeiforschung XXII: „Demokratie und Menschenrechte – Herausforderungen für und an die polizeiliche Bildungsarbeit“*. Frankfurt am Main 2019, S. 59-87.

Prof. Dr. Guido Fickenscher

- Fickenscher, G. (2018). Auslegung und Anwendung des versammlungsrechtlichen Uniformverbots – Sharia Police – Anmerkung zum Urteil des BGH vom 11.01.2018, NJW 2018 Heft 26, S. 1893 ff.
- Alleweldt, R., Fickenscher, G. (2018) The Police and International Human Rights Law, Berlin usw., Springer 2018.

Prof. Dr. Fredrik Roggan

- Roggan, F. (2018) Grenzen des polizeilichen Schusswaffeneinsatzes gegen flüchtende Straftatverdächtige – Überlegungen de lege ferenda hinsichtlich präventiver Maßnahmen aus Anlass repressiv-polizeilicher Aufgabenerfüllung, erschienen in: Kriminalpolitische Zeitschrift 2018, S. 350 ff. (mit PK Brösangk);
- Roggan, F. (2018) Artikel 10-Gesetz (vollständige Überarbeitung des Kommentars) in: Das Deutsche Bundesrecht, erschienen in: 1303. Ergänzungslieferung – November 2018.
- Roggan, F. (2018) Rechtsgutachten zu Entwürfen für ein Zwölftes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes, erschienen in: Landtag Brandenburg, P-AIK 6/52, Anlage (S. 74 ff.).
- Roggan, F. (2019) Zur Vereinbarkeit des heimlichen Betretens und Durchsuchens von Wohnungen mit dem Grundgesetz – Die Bedeutung des Anwesenheitsrechts der Berechtigten, erscheint in: Dietrich u.a. (Hrsg.), Festgabe für Kurt Graulich (Herbst 2019)
- Roggan, F. (2019) Der nicht-überwachungsbezogene Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung – Überlegungen zur Notwendigkeit einer konzeptionellen Fortschreibung, erscheint in: Zeitschrift für das gesamte Sicherheitsrecht 2019 (Heft 2)
- Roggan, F. (2019) Verfassungsrechtliche Grenzen von automatisierten Kfz-Kennzeichenkontrollen – Zur Fortschreibung der Leitplanken des Sicherheitsrechts durch das Bundesverfassungsgericht, erschienen in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 2019, S. 334 ff.
- Roggan, F. (2019) Gelbwesten-Proteste und das deutsche Strafrecht, erscheint in: Neue Zeitschrift für Strafrecht 2019 (Heft 7).

Dr. Bernd Wittek

- Wittek, B. (2019): Sprache im Einsatz. Praxis-Tipps für den Polizeialltag. Verlag Dr. Köster. Februar 2019, 222 Seiten.

Christian Martin

- Martin, C. (2018). Einsatzlehre im Bachelorstudiengang vermitteln. Die Polizei, 109 (3), 86-89.
- Martin, C. (2018). Betreuung von Bachelor-Thesen im Studiengang gehobener Polizeivollzugsdienst. Die Polizei, 109 (7), 207-210.

Thomas-Gabriel Rüdiger

- Rüdiger, T.-G. (2019): „Polizei im digitalen Raum“, in Aus Politik und Zeitgeschichte – Polizei, 69. Jahrgang 21-23/2019, S. 18 -23.

- Rüdiger, T.-G. (2019): „Braucht der Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet eine digitale Generalprävention?“, in Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis (KJUG), Ausgabe 2/2019, S. 56-63.
- Rüdiger, T.-G. (2019): „Haben wir eine Unrechtskultur im digitalen Raum?“, in „Kriminalistik“, Ausgabe 01/2019, S. 37-43.
- Rüdiger, T.-G. (2019): „Der digitale Narzissmus – Zwischen Risiko und Möglichkeiten“, PVT 1/2019 (Polizei, Verkehr +Technik), S. 38 – 41
- Rüdiger, T.-G. (2018): „Braucht es eine digitale Generalprävention“, Deutsche Kinderhilfe Spezial, RN. 47-50, 12/2018
- Rüdiger, T.-G. (2018): „Selbst darstellen, aber richtig“, Protector S.57 11/2018.
- Rüdiger, T.-G. (2018): „Braucht es eine digitale Generalprävention – Wer schützt eigentlich Kinder vor Straftäten im Internet?“ , BVD (Bundesverband der Datenschutzbeauftragten) News S. 80 ff, Ausgabe 01/2018 ISSN: 2194-1025

7. Geplante Publikationsvorhaben

Prof. Dr. Ralf Alleweldt

- Alleweldt, R.; The subsidiarity principle and European refugee law. In: Alleweldt, R./Walzenbach, G. (eds.), Varieties of Subsidiarity: an Interdisciplinary Perspective, 2019.
- Alleweldt, R.; Die wesentlichen menschenrechtlichen Anforderungen an polizeiliches Handeln. In: Kugelmann, D. (Hrsg.): Polizei und Menschenrechte. Bundeszentrale für politische Bildung 2019.
- Alleweldt, R.; Walzenbach, G. (eds.), Varieties of Subsidiarity: an Interdisciplinary Perspective, 2019.

Prof. Dr. Jürgen Biedermann

- Biedermann, J. (Anfang 2019): Polizeiliche Handlungsstrategien bei Menschen mit psychischen Störungen im Kontext fremdaggressiver Verhaltensweisen. In Tagungsband „Neue Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis zur Polizeipsychologie“ (04.-06.11.2019). Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Veröffentlichungen auf Basis des initiierten Forschungsprojekts „Aktuelle Erscheinungsformen und Tatbegehungsweisen bei Sexualstraftaten“ (siehe oben)
- Deliktstruktur und Tatumstände bei Personen mit psychischen Störungen (auf Basis eines angestrebten Projekts zu dieser Thematik unter Verwendung polizeilicher Dateninformationssysteme, welches 2020 initiiert werden soll)

Dr. Jochen Christe-Zeyse

- Christe-Zeyse, J.: Die Perspektive der Polizeihochschulen. In: Stember, J. (Hrsg.): Hochschulen für den öffentlichen Dienst – Perspektiven für Innovation und Kooperation. Erscheint 2020 im Verlag für Polizeiwissenschaft.

Prof. Dr. Fredrik Roggan

- Roggan, F. (Sommer 2019) Die (deutschen) Geheimdienste und das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung, erscheint in: Die öffentliche Verwaltung 2019
- Roggan, F. (Frühjahr 2019) Die Novelle des Brandenburgischen Polizeigesetzes 2019, erscheint in: Landes- und Kommunalverwaltung 2019

Cindy Ehlert

- Ehlert, C.; Rüdiger, T.-G. (2019/2020) „Defensible Digital Space – Die Übertragbarkeit der Defensible Space Theorie auf den digitalen Raum“ in Bayerl, S.; Rüdiger, T.-G. „Cyberkriminologie“

Thomas-Gabriel Rüdiger

- Bayerl, S.; Rüdiger, T.-G. (Winter 2019/2020) „Cyberkriminologie“, Sammelband zur wissenschaftlichen Verortung der Cyberkriminologie, Springer VS .
- Ehlert, C.; Rüdiger, T.-G. (2019/2020) „Defensible Digital Space – Die Übertragbarkeit der Defensible Space Theorie auf den digitalen Raum“ in Bayerl, S.; Rüdiger, T.-G. „Cyberkriminologie“

8. Wissenschaftliche Vorträge auf Tagungen und sonstigen Veranstaltungen im In- und Ausland

Prof. Dr. Ralf Alleweldt

- Avoiding the next Brexit: the subsidiarity principle, the European Convention on Human Rights and the United Kingdom. Vortrag bei der Internationalen Konferenz “The Political Economy of Subsidiarity – Diverging Politics and Policies?” University of Bologna, Forlì Campus, 12. April 2018.
- „Die Anwendung von Europarecht durch innerstaatliche Gerichte und Behörden“ – „Wichtige Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union mit Auswirkungen auf Deutschland. Das Verhältnis des Europarechts zum nationalen Verfassungsrecht“ – „Die Bedeutung der Europäischen Menschenrechtskonvention im Recht der Europäischen Union. Das Verhältnis des Gerichtshofs der Europäischen Union zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte“. Vorträge im Rahmen des Seminars zum Europarecht für albanische Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Kooperation mit der Magistratenschule der Republik Albanien, veranstaltet von der Deutschen Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit e.V., 25.-26.6.2018, Tirana, Albanien.

Prof. Dr. Jürgen Biedermann

- Sexualdelikte / Vergewaltigung mit Todesfolge“. Gestaltung einer ganztägigen Fortbildungsveranstaltung für die Mordkommission Potsdam (gemeinsam mit Dr. Axel Uhlig, OFA, LKA BB, 27.06.2018).
- Rückfallprognose und Gefährlichkeitseinschätzung bei Sexualstraftätern unter besonderer Berücksichtigung des Tatverhaltens und der Verwendung eines softwaregestützten Prognosetools. Ganztägige Schulung auf Anfrage der Zentralstelle S.P.R.E.E. (Sexualstraftäter Prävention (bei) Rückfallgefahr (durch) Eingriffsmaßnahmen und Ermittlungen) des Landeskriminalamts Berlin (6.12.2018).

- „Messer weg!“ – Polizeilicher Umgang mit psychisch erkrankten Personen im Spannungsfeld zwischen Kommunikation und Zwangsanwendung. Vortrag auf Einladung im Rahmen der Vortragsreihe „Vielfalt der Rechtspsychologie – Putting Science into Practice“ an der Psychologischen Hochschule Berlin (7.02.2019).
- Rückfallprognose und Gefährlichkeitseinschätzung bei Sexualstraftätern unter besonderer Berücksichtigung des Tatverhaltens und der Verwendung eines softwaregestützten Prognosetools. Ganztägige Schulung auf Anfrage der Forensisch-Therapeutischen Ambulanz der Charité Berlin (26.02.2019).
- Rückfallprognose und Gefährlichkeitseinschätzung bei Sexualstraftätern unter besonderer Berücksichtigung des Tatverhaltens und der Verwendung eines softwaregestützten Prognosetools. Ganztägige Schulung auf Anfrage der Sozialen Dienste der Justiz Berlin – Abteilung Sicherheitsmanagement (28.03.2019).
- Polizeilicher Umgang mit psychisch erkrankten Personen im Spannungsfeld zwischen Kommunikation und Zwangsanwendung. Vortrag auf der Tagung „Neue Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis zur Polizeipsychologie“ in Berlin (04.-06.11.2019).
- Umgang mit psychischen Erkrankungen/Störungen im Kontext von Polizeimaßnahmen, insbesondere der Verhandlungsgruppe. Ganztägige Schulung auf Anfrage der Verhandlungsgruppe Berlin (07.11.2019).

Dr. Jochen Christe-Zeyse

- „Sensibilität für Menschenrechte, akademisches Denken und die Handlungssicherheit des Polizeibeamten. Thesen zu den didaktischen Dilemmata eines polizeilichen Hochschulstudiums“. 05.07.2018, Konferenz Empirische Polizeiforschung, DHPol, Münster
- „Wissenschaft und subjektive Theorie in der Polizeiausbildung“. Vortrag auf dem DIDAktik-Netzwerk, 18.03.2019, DHPol, Münster
- „Wissen, Wissenschaft und politische Bildung in der Ausbildung zum Polizeiberuf“. Vortrag auf dem Netzwerk Führungslehre. 28.05.2019, DHPol, Münster
- „Extremismusprävention in der Polizeiausbildung“. Vortrag auf dem Forum Innenpolitik im Willy-Brandt-Haus am 21.10.2019
- „Populismus und Polizeiausbildung“. Vortrag vor dem Bundesvorstand und geschäftsführenden Vorstand der Gewerkschaft der Polizei am 14.11.2019 in Fulda

Prof. Dr. Fredrik Roggan

- Die Beteiligung von Geheimdiensten an sicherheitsbehördlichen Verfahren, 06.05.2019, Thür. Innenministerium.

Thomas-Gabriel Rüdiger (Auszug)

- Vortrag „Hasskriminalität im digitalen Raum – Resultat einer digitalen Unrechtskultur?“, Bundesseminar Velspol, Potsdam 05/2019
- Inputvortrag und Podiumsdebatte „Broken Web?“, Ministerium für Inneres, Bauen und Sport des Saarlandes, Saarbrücken 05/2019
- Vortrag „Digitaler Narzissmus – Mehr als nur eine Selbstdarstellung“, Landestagung Weißer Ring, Brandenburg, 04/2019

- Vortrag & Podiumsdiskussion „Brauchen wir eine digitale Generalprävention?“, Konferenz der Strafrechts-Taskforce des österreichischen Bundesinnenministerium, Wien 06/2018
- Vortrag & Podiumsdiskussion „To play or to hate – that´s the question / Onlinegames and Hatespeech – An Ignored Phenomen?“, Projekt Media4sec, London 05/2018
- Vortrag „Hatespeech in Onlinegames“, Projekt des LKA MV „Helden statt Trolle“, Rostock 05/2018
- Inputvortrag & Podiumsdiskussion „Netzkommunikation in Krisensituationen“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 04/2018, zugehöriger Artikel; „Ausfall im Störfall?“ (ISBN: 978-3-96250-183-9)
- Vortrag „Cyber-Grooming: Täterstrategien aus kriminologischer Sicht“, Tagung der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen, Hannover 04/2018

9. Sonstiges

Prof. Dr. Jürgen Biedermann

- Regelmäßige Fallsupervision für die Zentralstelle S.P.R.E.E. des Landeskriminalamts Berlin im Umgang mit problematischen Fallkonstellationen bei entlassenen Sexualstraftätern (im vierteljährlichen Turnus).

Thomas-Gabriel Rüdiger (Auszug):

Anhörungen / Expertengespräche / Podiumsdiskussionen

- Anhörung als Sachverständiger zum Thema „Digitale Agenda für das Strafrecht – Beispiel Cybergrooming und Ermittlungsbefugnisse“, Bundestagsfraktion der Grünen, Deutscher Bundestag, Berlin 04/2019
- Podiumsdiskussion „Medienpädagogischer Küchentalk zum Safer Internet Day: Utopie Safer Internet“, FSM, Berlin 02/2019
- Anhörung als Experte zum Thema „Cyberkriminalität“ im Landtag Brandenburg, Potsdam 12/2018.
- Anhörung als Sachverständiger im Deutschen Bundestag im Rahmen der 7. Sitzung der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) zu „Gefährdung des Kindeswohls durch freien Netzzugang? Cyberkriminalität: Mobbing, Hassattacken, sexualisierte Gewalt, Missbrauch und Übergriffigkeit. Folgen für Opfer und Täter. Empfehlungen für den Schutz der Kinder“. Berlin 11/2018
- Podiumsdiskussion „Schutz von Kindern im digitalen Raum, Konferenz Wissen was die Praxis schaf(f)t – Forschung zu sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und Praxis im Dialog“, Berlin 11/2018
- Podiumsdiskussion „The Kids Are Online – How To Minimize The Risk of Harm?“ 4Gamechangers, Wien 04/2018

Zeitungsinterviews (Auswahl)

- „Cyber-Experte: Das Netz ist ein Kriminalitätsort geworden“, Berliner Morgenpost, Print 21.04.2019
- „Das wollen viele Eltern nicht wahrhaben“, Berliner Zeitung, Print 26.02.2019

- Zeitungsinterview „TikTok Parallelwelt im Kinderzimmer“, Welt am Sonntag, Print Ausgabe, 20.01.2019
- „Cybergrooming – Kinderfotos gehören nicht ins Netz“, MAZ Print v. 19.06.2018
- „Kriminologe im Interview: Jede Onlinekommunikation birgt ein Risiko“ , Rheinpfalz, Printausgabe v. 27.04.2018

Fernsehinterviews (Auswahl)

- „Pädophile auf Youtube“, Tagesschau 22.02.2019
- „Cyberkriminalität – Cybergrooming“, ZDF Morgenmagazin, 12.02.2019
- „Rechtsextreme in Online-Games“, WDR Aktuelle Stunde, 20.08.2018.
- „Kinderfotos im Netz: gepostet, geklaut, missbraucht“, ARD Ausstrahlung am 17.12.2018
- „Mangelnder Jugendmedienschutz“, Heute Journal v. 05.06.2018
- „Instagram und Co. Wie Pädophile ungehindert Internetdienste nutzen“, Report Mainz, v. 22.05.2018

Radiointerviews (Auswahl)

- „Einführung Versuchsstrafbarkeit Cybergrooming“, NDR Info, 12.04.2019
- „Kriminologe Rüdiger: Man sollte keine Kinderbilder posten“, WDR, 28.03.2019
- „Hacking?“, 1 Live, ausgestrahlt am 09.01.2019
- „Datendiebstahl“, DPA – Audio, 04.01.2019